



Warnstreikaufruf

an alle Beschäftigten in Dienststellen,
die den TV-L anwenden

Aufruf Warnstreik/Demonstration/Kundgebung am 26. Februar 2009 in Nürnberg

Nach dem „Mogelpackung“- Angebot der Arbeitgeber erhöhen wir den Druck!

Die Arbeitgeber wollen die Beschäftigten der Länder mit einer Erhöhung von 4,2 Prozent ab dem 1.7.2009 abspeisen. 2010 soll es gar keine Erhöhung geben. Sie verweigern eine soziale Komponente. Das ist für uns nicht akzeptabel. Die erfolgreichen Warnstreiks und Aktionen haben gezeigt, wir sind entschlossen und gemeinsam stark. Das ist unser Hebel gegen die Sturheit der Arbeitgeber. Wir fordern:

- 8% - mindestens 200 Euro
- 120,- Euro Festbetrag für Auszubildende
- Eine Laufzeit von 12 Monaten
- Gleiche Bezahlung auch für LeiharbeiterInnen

Die GdP Bayern ruft gemeinsam mit Ver.di, GEW und dbb-Tarifunion alle ArbeitnehmerInnen und Auszubildende des Landes am 26. 02. 2009 zu einem ganztägigen (06:30 h bis 19:30 h) Warnstreik und zur Teilnahme an der Demonstration und Kundgebung in Nürnberg auf.

GUTE LEUTE... GUTE ARBEIT... GUTES GELD!

Auch Beamtinnen und Beamte können ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf Meinungsfreiheit und Protest ausüben.

Am 26.02.2009 kommt es auf uns alle an. Kurz vor den auf den 28.02.2009 vertagten Tarifverhandlungen zeigen die Beschäftigten der Länder, dass die Arbeitgeber ihr völlig unzureichendes Angebot nicht aufrecht erhalten können. Ein wirklich verhandlungsfähiges Angebot muss auf den Tisch.

Donnerstag, den 26. Februar 2009 einen Streik- und Aktionstag in Nürnberg

Neben den Tarifbeschäftigten sind auch die Beamtinnen und Beamte (nur in ihrer Freizeit) der Bayer. Polizei aufgerufen, sich am Streik zu beteiligen.

Der Ablauf ist wie folgt geplant:

10.00 Uhr Treffen aller Tarifbeschäftigten und Beamten auf dem Nelson-Mandela-Platz

10.30 Uhr Demonstrationzug zum Nürnberger Kornmarkt

11.00 Uhr Zentrale Abschlusskundgebung auf dem Kornmarkt mit Frank Bsirske, Bundesvorsitzender ver.di

**Für eine kräftige Lohnerhöhung-
Gleiches Geld für gleiche Arbeit
bei Bund, Ländern und Gemeinden**

